

Politische Probleme in Burma (Myanmar)

(Schlussbericht)

Burma tut sich offensichtlich schwer mit der Demokratie. Das Militärregime, das am 18. September 1988 in blutiger Weise die Macht übernahm, versprach nach längerem Zögern zu Beginn dieses Jahres freie Wahlen für Mai 1990. Die Opposition, gewillt, die Generäle beim Wort zu nehmen, verstärkte ihre Wahlkampagne im ganzen Land, die darauf gerichtet war - sonst wäre sie keine richtige Opposition - dem Regime die Macht streitig zu machen.

Ein solches Demokratieverständnis passt jedoch nicht ins Konzept der Armee, die sich unter Ne Win während Jahrzehnten an Macht und Privilegien gewöhnt hat. Die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die aussichtsreichste Bewerberin um die Mehrheit in der zu wählenden konstituierenden Versammlung, wurde bei ihren Fahrten landauf, landab oft behindert, vom Militär ständig überwacht und mit Misstrauen beobachtet. Das Misstrauen der Armee wurde um so grösser, je grösser ihr Erfolg bei der Bevölkerung war und je mehr ihre Partei, die National League for Democracy, an Bedeutung zunahm. Rechtliche Handhaben, um sie zu behindern, bestanden immer. Unter dem Kriegsrecht sind Menschenansammlungen von mehr als fünf Personen verboten. Diese Regel wurde von Suu Kyi und ihrer Gefolgschaft missachtet; sie hätte eine Wahlkampagne ohnehin verunmöglicht. Gesetze, die aus der Ne-Win-Zeit stammen und für Recht und Ordnung sorgen sollen, wurden nicht geändert oder abgeschafft, sondern hingen als Damoklesschwert über der Opposition.

Am 19. Juli sollte erneut der Tag der Märtyrer begangen werden, an dem 1947 der Freiheitsheld Burmas, General Aung Sang, Vater der heutigen Oppositionsführerin, ermordet wurde. Die Opposition wollte das übliche Gedenken an den General zu einer grossen Demonstration benützen, einem Marsch durch Rangoon, angeführt von seiner Tochter, Aung San Suu Kyi.

Doch die Armee liess es nicht zu. Rangoon wurde von der Armee besetzt, hunderte von Studenten wurden verhaftet und abgeführt. Um ein Blutvergiessen zu vermeiden, sagte Suu Kyi die Demonstration ab und wies ihre Anhänger der NLD an, zuhause zu bleiben. Schon mein Vater starb, weil es Leute gab, die Gewehre vorzogen um politische Probleme zu lösen, erklärte sie. Man kann politische Gegner nicht loswerden, indem man sie erschießt.

Aung San Suu Kyi, deren mutiges Eintreten für einen demokratischen Wechsel viele Leute bewundern, befindet sich seither unter Hausarrest. Ihrem Mann, einem Engländer, der sich bei ihr befindet, wurde es untersagt, die britische Botschaft aufzusuchen. Die Stimmung in Burma ist einmal mehr auf einem Tiefpunkt angelangt. Die EG veröffentlichte am 26. Juli in Brüssel eine Erklärung, in der sie bekannt gab, sie verfolge "avec attention et inquiétude les mesures prises contre les dirigeants de l'opposition politique et l'aggravation de la loi martiale". Ein Appel erging an die burmesischen Behörden, unverzüglich die Hindernisse auf dem Weg zur Demokratie zu beseitigen. Er verhallte bisher ungehört.

Der politische Leidensweg der Burmesen ist damit nicht zu Ende, und niemand weiss, ob die versprochenen Wahlen im Mai 1990 auch wirklich stattfinden werden, und, wenn ja, wie. Das Militärregime, das sich den Namen "State Law and Order Restoration Council (SLORC)" gegeben hat, streitet sich, wie schon Ne Win, mit den ethnischen Minderheiten, in letzter Zeit in einer umfassenden militärischen Operation gegen die Karen. Daneben verteidigen noch eine grosse Zahl anderer Minderheiten ihre Autonomie gegenüber Rangoon, darunter als wichtigste die Shan, die Kachin, die Mon und die Karenni. Etwa vierzig Prozent des burmesischen Territoriums befindet sich nicht unter der Kontrolle der Zentralregierung. Auch die NLD hat bisher kein Programm vorweisen können, das auf eine Lösung dieser Minoritätenprobleme hinweisen würde.

Das alles geschieht in einem Land, das einmal eine wirtschaftlich blühende Kolonie des britischen Imperiums war, bis es in die Wirren des 2. Weltkrieges verwickelt und unter Japanern und Briten in ein Schlachtfeld verwandelt wurde. Das Trauma von Kolonisierung und Krieg wirkte sich bei den Burmesen noch lange nach. Eine der Charakteristiken von Ne Wins Politik nach seiner Machtübernahme zu Beginn der sechziger Jahre war die Xenophobie. Er verfügte die Enteignung und Ausweisung der Ausländer, darunter einer grossen Zahl von Indern und Chinesen, die wesentliche Rollen in der burmesischen Wirtschaft spielten.

Ne Win beschritt mit seiner Burma Socialist Programme Party den burmesischen Weg zum Sozialismus, und dieser Sozialismus war wirtschaftlich so ineffizient wie der sowjetische, an dem er sich ursprünglich orientierte. Das Land, das über grössere Bodenschätze verfügt, als die meisten Länder der Region, und das einer der bedeutendsten Reisexporteure war, verarmte unter Ne Wins Politik auf erbarmungswürdige Weise. Dies, zusammen mit dem Mangel an demokratischen Freiheiten, trug wesentlich zu den Studentenprotesten des vergangenen Jahres bei. Auch dem Militärregime ist es bis heute nicht gelungen, mehr als die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Um zu einem Minimum an dringend benötigten Devisen zu kommen, vergab es Rodungskonzessionen an thailändische Holzverarbeitungsfirmen, die ihre Lizenzen in Thailand verloren hatten, und verkaufte Fischereirechte in burmesischen Gewässern. Viele Burmesen sehen darin eine Art Ausverkauf der Heimat.

Japan ist das einzige westliche Land, welches den SLORC anerkannt hat. Die Westeuropäer haben ihre Entwicklungs- und Finanzhilfe letztes Jahr eingestellt und üben weiterhin Zurückhaltung. Erst die kommenden Monate und die burmesische Politik im Hinblick auf die versprochenen Wahlen werden zeigen, in welcher Richtung sich Burma weiterentwickelt.

Der Schweizerische Botschafter

(A. Kamer)